

und „Christentum und Kultur in Vergangenheit und Gegenwart“. Die Verschiedenheit der Bekenntnisse der einzelnen Teilnehmer war dabei immer wieder durch den gemeinsamen Glauben an Christus zu überbrücken, und mehr als in den anderen Arbeitsgemeinschaften war hier durch diesen Glauben von Anfang an der Boden brüderlicher Begegnung gegeben.

Katholische Kultur-tage in Bochum Die Arbeitsgemeinschaft Bochumer Katholiken veranstaltete vom 28. September bis 12. Oktober eine Kulturtagung. In acht fortlaufenden Vorträgen wurde das Thema: „Christliches Persönlichkeitsideal“ behandelt. Pfarrer Heinrichsbauer Mühlheim, eröffnete die Tagung am 28. 9. mit der Herausarbeitung des abendländischen Menschenbildes, fußend auf der Antike, vollendet in der Persönlichkeit und Nachfolge Christi. Am Montag unterbaute Professor Dr. Peitzmeier, Warburg, dieses Menschheitsbild durch eine wohlgelungene Synthese neuester Ergebnisse der Biologie mit der Offenbarung, während Professor Dr. Behn, Bonn, am Freitag die philosophische Grundlegung christlicher Persönlichkeit aus Plato, Aristoteles, Augustin und Thomas v. Aquin unter Ablehnung moderner Philosophen einschließlich der Existenzialisten gab. Die zweite Woche befaßte sich mit der Auswirkung der christlichen Persönlichkeit in Literatur, Wirtschaft und bildender Kunst. Dr. Rockenbach, Köln, behandelte am Sonntag, dem 5. 10., das Christentum in der neueren Literatur, Professor Dr. Berkenkopf, Köln, die ausschlaggebende Bedeutung der christlichen Persönlichkeit in der Lösung der sozialen Frage im Gegensatz zum Marxismus, während Stadtdechant Prälat Dr. Grosche, Köln, am Freitag zeigte, wie die christliche Persönlichkeit in ihrer jeweiligen Beeindruckung durch zeitbedingte Gegebenheiten die Gestaltung des Kirchenraumes und dessen Ausstattung maßgebend beeinflußt. Die Kulturtagung fand am Sonntag, dem 12. 10., ihren würdigen Abschluß in zwei Vorträgen, und zwar über die Familie als Bildnerin der christlichen Persönlichkeit (Frau Dr. Schlüter-Hermkes) und über die Schule als Erzieherin zur christlichen Persönlichkeit (Ministerialrat Bergmann). Die Tagung wurde begleitet durch eine Ausstellung „Christliche Kunst in großer Notzeit“. Diese zeigte neben geretteten Bochumer Kunstschätzen aus der Vorkriegszeit und einigen neueren Kunsterzeugnissen in der Hauptsache die Bochumer Kirchen in ihrer früheren Gestalt, in ihrem jetzigen Aussehen und in ihrem Wiederaufbau. Außerdem zeigte diese Ausstellung die hundertjährige Entwicklung der Bochumer Gußstahl-Glockengießerei.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der neue Abtprimas der Benediktiner Pater Bernhard Kaelin, der kürzlich von den in Rom zusammengekommenen Benediktineräbten neu gewählte Abtprimas des Benediktinerordens, ist am Tag des hl. Benedikt, dem 21. März 1887 in Einsiedeln geboren, wo er früh in den Orden eintrat. Er wurde 1912 zum Priester geweiht. Eine zeitlang betätigte er sich als Lehrer und studierte gleichzeitig Philosophie. Seine Dissertation hatte die Erkenntnislehre des hl. Augustinus zum Gegenstand. Später ver-

öffentlichte er zahlreiche Aufsätze und Artikel in Zeitschriften sowie 1941 ein Buch über „Logik und Metaphysik“ und 1945 ein weiteres über „Ethik“. 1945 wurde er zum Abt von Muri Gries gewählt. Da der Abtprimas des Benediktinerordens nicht, wie der General anderer Orden, an der Spitze des ganzen Ordens steht, sondern nur Primus inter pares ist, fällt ihm in seinem neuen Amt hauptsächlich die Vertretung des Ordens beim Hl. Stuhl zu. Zudem ist seine Aufgabe die verantwortungsvolle eines Vermittlers zwischen den verschiedenen, in sich selbständigen Abteien, die sich gegenwärtig auf 15 verschiedene Kongregationen verteilen. Die Wahl des Abtprimas gilt für 12 Jahre und ist mit dem Amt des Abtes von St. Anselmo in Rom und dem Rektorat der diesem angeschlossenen Universität verbunden.

Acta pontificia juris gentium

Zwei Gelehrte von der Katholischen Universität in Mailand, Giorgio Balladore Pallieri, Professor für Internationales Recht, und Giulio Vismara, Privatdozent für italienisches Recht, haben einen Band *Acta pontificia juris gentium* (Ed. Vita e Pensiero, Milano 1946) herausgegeben, der eine Dokumentensammlung von päpstlichen Dekreten zu Fragen des Völkerrechts darstellt und mit dem Pontificat Sylvesters I. (314) beginnt. Der Band ist der erste von mehreren und führt bis zu Papst Benedikt XI. (1304). Er umfaßt 2803 Dokumente, die die Tätigkeit der Päpste auf dem Gebiet internationaler Beziehungen und ihren Beitrag zur Entwicklung des Völkerrechts bezeugen.

Römischer Nachruf auf Edith Stein

Der Osservatore Romano hat am 18./19. August einen Nachruf für Edith Stein veröffentlicht. „Der Name dieser Karmeliterin“, heißt es da, „gehört der Geschichte des zeitgenössischen Denkens und der der zahllosen Opfer der Rassenpsychose an. Ihre Schriften werden gegenwärtig gesammelt für eine demnächstige Veröffentlichung in dem nach ihr benannten Archiv an der Universität Löwen. Um des zwiefachen Interesses willen, das ihr Name zumal in Deutschland, Holland und Belgien weckt, des religiösen und des philosophischen, halten wir es für angemessen, eine kurze Information über diese ungewöhnliche Gestalt zu bringen...“ Es folgt ein knapper Überblick über das Leben Edith Steins, der mit dem Satz schließt: „Ihre tiefe Frömmigkeit fand ihren charakteristischen Ausdruck im Gehorsam, den eine ihrer Oberinnen „kindlich“ nannte und der offensichtlich von der Weisheit der „kleinen Kindheit“ der großen Karmeliterin von Lisieux getragen war; und in dem Geist des Opfers, in dem sie die grausame Verfolgung heiter ertrug und ruhig ihrem tragischen Ende entgegenging“.

Ein neues französisches Kirchenlexikon

In Paris erschien soeben im Verlage Letouzey et Ané (87, Boulevard Raspail, Paris VIe) die erste Lieferung eines neuen, für ein breiteres Publikum bestimmten *Kirchenlexikons*, das den Titel führt „*Catholicisme: hier, aujourd'hui, demain*“ und von Abbé Gabriel Jacquemet herausgegeben wird. Sein Umfang ist auf 7 Bände von je 750 Seiten berechnet, die in 28 Lieferungen erscheinen werden. Es soll das im Jahre 1925 herausgekommene, längst vergriffene und auch veraltete „Dic-

tionnaire pratique des connaissances religieuses" von Bri-
 cout ersetzen, von dem es sich durch eine rund viermal
 größere Anzahl von Stichwörtern und eine entsprechend
 kürzere Behandlung des einzelnen Stichwortes unter-
 scheidet. Der Herausgeber charakterisiert die Aufgabe
 des neuen Lexikons in seinem Vorwort durch die Her-
 vorhebung dreier Gesichtspunkte: es gilt einmal das
 Erbe der Vergangenheit mit Ehrfurcht und Dankbarkeit
 zu sammeln. Aber es genügt nicht, die überkommenen
 Dinge zu inventarisieren und die Formeln der Alten zu
 wiederholen, sondern sie sind so darzubieten, daß sie
 dem Leben dienen; es handelt sich um die Aufgabe einer
 lebendigen Adaption. Denn das Lexikon soll dem Kom-
 menden dienen, das heißt aber der Versöhnung der neu-
 heraufkommenden Welt mit dem Christentum.

**Wallfahrt
 der Pax Christi
 nach Lourdes**

Am 17. Februar d. J. ist Bischof Théas,
 der Begründer und Leiter der Bewe-
 gung „Pax Christi“, des Gebetskreuz-
 zuges der Nationen für den Völkerfrieden, bis dahin
 Bischof von Montauban, vom Hl. Vater zum Bischof von
 Lourdes und Tarbes ernannt worden, wo er am 25. März
 seinen Einzug hielt. Eine seiner ersten Amtshandlungen
 war die Einberufung der ersten Arbeitstagung der Pax
 Christi. Dieselbe sollte am Erscheinungsorte der Unbe-
 fleckten Regina Pacis stattfinden. Auch Deutsche wurden
 dazu eingeladen. Das französische Außenministerium ge-
 nehmigte entgegenkommender Weise 48 Deutschen ein
 Visum für die Einreise nach Frankreich. Leider konnte
 diese Vergünstigung nicht voll ausgenutzt werden, da
 aus verschiedenen Zonen keine Ausreisegenehmigungen
 erteilt wurden. Immerhin waren insgesamt 18 Deutsche in
 Lourdes anwesend. Die Zusammenkunft fand auf der Höhe
 des jährlichen Geschehens in Lourdes, in der Zeit der
 73. französischen Nationalwallfahrt statt.

Am Abend des 21. August erlebten die Teilnehmer von
 Pax Christi als ersten Eindruck die Lichterprozession der
 Nationalwallfahrer, die millionenhaft das „Ave, ave, ave,
 Maria“ zum nächtlichen Himmel sandten. Die ganze
 Nationalwallfahrt, die sich in den nächsten Tagen auf
 etwa 70 000 Teilnehmer belief, war auf den Gedanken
 „Wir beten für den Weltfrieden“ abgestimmt.

Der Tag von Pax Christi war der 23. August, ein Sams-
 tag. Er begann mit einer Kommunionmesse, die Bi-
 schof Théas in der Grotte las. Ein Mannheimer Sturm-
 scharführer und ein junger Engländer ministrierten.
 Bereits am Vorabend hatte der Diözesanbischof vor
 der ganzen „Nationalwallfahrt“ die Deutschen mit den
 anderen Ausländern besonders freundlich begrüßt und
 der aufmerksamen Liebe und Gastfreundschaft jene
 empfohlen, „die man fälschlich Fremde nennt, die aber
 in Wirklichkeit in Christus unsere Brüder sind“. In der
 ehrwürdigen Grotte an den Stufen des Altars reichte
 der Bischof je einem Ausländer die Kommunion, wäh-
 rend draußen in ununterbrochenen Reihen Zehntausende
 kommunizierten und zwei Priester außerdem durch die
 Reihen der 1200 Kranken gingen.

Vormittags war die Hauptversammlung der Pax Christi.
 Es waren etwa 500 bis 600 Teilnehmer, Franzosen,
 Deutsche, Engländer, Italiener, Kanadier, Belgier, Nord-
 afrikaner. Im Namen der Deutschen sprachen Joseph
 Probst aus dem Saarland und Domkapitular Puchowski
 als Abgesandter S. Em. Kardinal von Preysings. Franzö-
 sischerseits gab P. Bessières SJ ein Bild der Tätigkeit

der Pax Christi. Für die Engländer sprach Msgr. Par-
 mentier.

Am Sonntag war der Höhepunkt der Nationalwallfahrt.
 Der Vertreter des Papstes, Msgr. Angelo Roncalli, apo-
 stolischer Nuntius in Paris, feierte das Pontifikalamt auf
 der Esplanade vor der Rosenkranzbasilika. Die Zahl der
 Teilnehmer dürfte mit 50 000 nicht überschätzt sein.
 Auch bei dieser Hauptfeier traten die verschwindenden
 Minderheiten der geladenen ausländischen Gäste in Er-
 scheinung. Der päpstliche Legat zelebrierte unter Assi-
 stenz eines englischen Prälaten (Msgr. Parmentier als
 Abgesandter Kardinal Griffins) und des Deutschen Msgr.
 Georg Puchowski. Ein großer Teil seiner Ansprache galt
 der Bewegung Pax Christi, die der Hl. Vater ausdrück-
 lich segnet, begrüßt und empfiehlt. Vor Erteilung des
 päpstlichen Segens wurde ein Friedensgebet Pius' XII.
 in französischer, englischer, deutscher und italienischer
 Sprache verrichtet.

Sonntag abend gab Msgr. Roncalli in der „Evéché“ ein
 Essen, zu dem Msgr. Théas drei Franzosen, zwei Ita-
 liener, zwei Engländer, einen Schweizer und fünf Deut-
 sche (Msgr. Puchowski, -Berlin, P. Konstantin Fuchs-
 Mannheim, Pfr. Conrads-Aachen, Jugendführer Pesch-
 Krefeld und Joseph Pröpst-Saarland) geladen hatte.

Bischof Théas empfing sämtliche deutschen Teilnehmer,
 mehrere wiederholt. Die vier Aachener Teilnehmer über-
 brachten ihm die Einladung ihres Bischofs, Joh. Jos. Van
 der Velden, an der Abschlußfeier des Bußkreuzzugs
 durch die Aachener Diözese teilzunehmen, der am Kar-
 freitag in Krefeld seinen Ausgang genommen hat und
 am 28. September im Hohen Dom zu Aachen enden
 sollte. So sollte Bischof Théas als erster französischer
 Bischof die deutsche Grenze überschreiten und bei zwei
 Veranstaltungen in Aachen Worte des Friedens sprechen.
 Die unter dem Vorsitz Bischof Théas' gehaltene Arbeits-
 sitzung von Pax Christi führte u. a. zu folgenden prak-
 tischen Ergebnissen:

1. Pax Christi wird als rein religiöse Einrichtung in
 möglichst enger Anlehnung an die kirchliche Hierarchie
 weitergeführt. Das Generalsekretariat verbleibt in Hän-
 den von Mme. Dortel-Claudot, 171, Boulevard du Mont-
 parnasse, Paris VI. In den einzelnen Ländern werden
 Landessekretariate und diözesanangegliederte Landesstellen
 errichtet.
2. Die Vierteljahresschrift „Pax Christi“ wird bedeutend
 erweitert und verbessert, ab 1. 10. 1947 erscheinen text-
 gleiche deutsche und englische Ausgaben.
3. Die praktische Friedensarbeit wird von einem „Centre
 catholique de la Paix“, 171 Bd. Montparnasse, Leiter Com-
 mandant Dortel-Claudot, mit sozialen, politischen, kul-
 turellen usw. Unterabteilungen übernommen.
4. Zu Ostern 1948 findet eine Arbeitstagung in Deutsch-
 land statt (voraussichtlich Kevelaer), an der ausländische
 Freunde teilnehmen.
5. Für Sommer 1948 ist Pax Christi erneut zu einer
 Tagung in Lourdes durch den Herrn Bischof Théas ein-
 geladen; damit wird eine internationale Wallfahrt ver-
 bunden. Für die deutschen Pax Christi-Teilnehmer gilt
 in groben Umrissen folgendes:
 Fahrtdatum ungefähr 18. 7. 1948.
 Strecke: Kehl—Straßburg—Lourdes—Lyon—Straßburg—
 Kehl.
 Auf der Rückfahrt Gelegenheit zur Teilnahme an den
 „Semaines Sociales“ (Beginn 26. 7. 1948).

Teilnehmerzahl: etwa 800, ein Wagen mit Kranken.
Anmeldeschluß: 1. Februar 1948.

Auskunft: Josef Probst, Völklingen-Fenne (Saar); P. Konstantin Fuchs, Stadtpfarrer, Mannheim, Friedrich-Ebert-Straße 34.

6. Ostertagung 1949: voraussichtlich in London, 1950 in Rom, die Sommertagungen jeweils in Lourdes.

Die Mutter als Arbeiterin am menschlichen Fortschritt Vom 26. April bis 2. Mai fand in Paris der dritte Kongreß der „Union féminine civique et sociale“ unter dem

Thema „Die Mutter als Arbeiterin am menschlichen Fortschritt in einer neu aufzubauenden Welt“ statt (vgl. Herder-Korrespondenz Heft 8, Seite 350). Die Beratungen des Kongresses sind inzwischen im Verlage der Union féminine in Paris unter dem Titel „La Mère Ouvrière de Progrès Humain“ in einer Broschüre veröffentlicht worden. Wir geben im folgenden ihre Zusammenfassung in einer Erklärung und in einer Reihe von Beschlüssen des Kongresses wieder.

Die Erklärung des Kongresses:

Unter den Arbeitern am menschlichen Fortschritt nimmt die Mutter die erste Stelle ein.

Ihre Arbeit besteht vor allem in einer Vermehrung der sittlichen und geistigen Werte, ohne die jede Kultur zur Entwürdigung der als Mittel und nicht mehr als Ziel betrachteten menschlichen Person führt.

So wie sie mit dem Vater am Werke der Erzeugung teilnimmt, nimmt die Mutter nach den Plänen der Vorsehung gleichermaßen teil an der erzieherischen Aufgabe, die das Werk der Zeugung vollendet.

Der Einfluß, den die Mutter im Heim ausübt, muß auch in den Staat, in das nationale und internationale Leben ausstrahlen. Die besonderen Gaben der Frau und ihre Erfahrung als Mutter sind darin unersetzbar.

Es ist also unerlässlich, in vielen Ländern die herkömmlichen Urteile über Wesen und Sendung der Frau zu revidieren.

Die Frau ist ihrem Wesen nach als Person dem Manne gleich. Sie darf nicht als Mittel der Lust oder des Nutzens betrachtet werden, noch auch auf die Rolle beschränkt werden, das Menschengeschlecht fortzupflanzen und sich den materiellen Sorgen zu widmen.

Jede Frau muß frei sein, ihren Lebensstand selbst zu wählen.

Der von beiden Seiten im Rahmen des sittlichen Gesetzes freiwillig geschlossene Bund von Ehegatten darf weder aus nationalistischen, rassistischen oder eugenischen Gründen aufgezwungen oder aber verboten werden.

Nur in der rechtmäßig gegründeten und gesicherten Familie kann sich die Mutter nicht nur zu ihrem eigenen, sondern auch zum Wohle ihres Gatten, ihrer Kinder, ihres Vaterlandes wie der ganzen Menschheit entfalten.

Nur in der Familie erhält das junge Mädchen normalerweise die grundlegenden Elemente seiner Familienerziehung vermittelt. Die öffentlichen oder privaten Institutionen dürfen die in der Familie gegebene Erziehung nur vervollständigen, nicht ersetzen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände müssen es der Mutter gestatten, sich ihrer Sendung zu widmen. Weder die Unzulänglichkeit des Unterhaltes der Familie, noch eine irriige Auffassung von den Notwen-

digkeiten der Produktion dürfen sie zu einer Berufsarbeit zwingen.

Die öffentlichen Gewalten müssen nicht nur den moralischen Wert der Sendung der Mutter, sondern auch ihren wirtschaftlichen Wert, aus dem das ganze Land Nutzen zieht, anerkennen.

Die Vervollkommnungen der Technik sollen den Müttern Haushaltsgeräte zur Verfügung stellen, die ihre materiellen Aufgaben soweit wie möglich erleichtern. Die gesellschaftliche Ordnung muß ihr die Hilfen und Unterstützungen zur Verfügung stellen, die sie so weit wie möglich von der schweren Arbeit befreit, die ihr nicht genug Zeit läßt für ihre erzieherische Aufgabe, für ihre persönliche Entwicklung wie für ihre Rolle im Leben der Gesellschaft und des Staates.

Keine Tätigkeit im Haushalt oder in der Familie darf verachtet werden und jedes Familienmitglied muß seinen Möglichkeiten und seinen Fähigkeiten entsprechend an ihnen teilnehmen, nachdem die Erziehung dafür gesorgt hat, daß es dafür vorbereitet ist.

Die öffentliche Meinung soll zur Achtung vor den Müttern erzogen werden, die jungen Leute an die Achtung vor der Frau gewöhnt werden. Die Literatur, die Filme, die Theaterstücke, die Presse, der Rundfunk, die Künste sollen die rechtmäßige Mutterschaft ehren.

Der Kongreß verlangt, daß alle Nationen sofort Maßnahmen treffen, um die Gesetzgebung und die Sitten einem besseren Verständnis der Aufgabe der Mütter anzupassen. Diese sind dadurch, daß sie die Reichtümer der physischen und materiellen Ordnung ebenso wie der moralischen und geistigen Ordnung vermehren, ein Faktor von hervorragender Wichtigkeit für das Glück der Welt.

Das Organisationskomitee des Kongresses fordert die Persönlichkeiten und die Leiter der einzelnen Verbände auf, sich zu dieser Erklärung zu bekennen, die eine Charta der Mütter bildet, die unentbehrlich ist für die Arbeit, die es in der neu zu erbauenden Welt durchzuführen gilt.

Außerdem faßte der Kongreß folgende Beschlüsse:

Die Kongreßteilnehmer aus 29 Nationen, die auf dem Kongreß vertreten waren, werden sich bemühen, in ihren Ländern in sachgemäßer Weise die durch die Erklärung des Kongresses niedergelegten Grundsätze zu fördern.

Bevor sie jedoch auseinander gehen, präzisieren sie noch die folgenden Punkte, bei denen es ihnen scheint, daß alle Maßnahmen überall und gemeinsam durchgeführt werden müssen:

I. Die Kongreßteilnehmer beschließen, sich in allen Ländern besonders der Festigkeit und Dauer der Familie anzunehmen, die die unerlässliche Schutzwehr für die Würde der Mütter ist.

II. Sie fordern, daß endlich jene Attentate gegen die geheiligten Rechte der Person und der Familie aufhören, die in der Zwangsverschickung von Menschen und in der systematischen Auseinanderreißung von Familien und Heimstätten bestehen.

III. Angesichts der Tatsache, daß die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in allen Ländern nicht nur eine intensive Produktion, sondern darüber hinaus eine rationale Ordnung des Verbrauches fordert, angesichts der wichtigen Rolle, die die Hauswirtschaft in der allgemeinen Wirtschaft eines Landes spielt,

angesichts der Tatsache, daß man sich nicht bemüht, die Hausarbeit in demselben Maße wie die Industrie zu rationalisieren und daß es dringend und notwendig ist, die Last der häuslichen Aufgaben zu erleichtern, angesichts der Tatsache, daß die Einbeziehung der Mütter in die Produktion eine Bedrohung des Lebens des Hauses bedeutet, ohne daß sie in demselben Maße einen wirksamen Nutzen in der nationalen Wirtschaft schafft (wenn man nämlich die schweren Verluste, die sie unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Gefolge hat, berücksichtigt),

angesichts alles dessen fordert der Kongreß unmittelbar

1. eine wirksame Anerkennung des wirtschaftlichen und sozialen Wertes der häuslichen und familiären Aufgaben der Mütter in den Gesetzen und den Institutionen,
2. die Rationalisierung der Hausarbeit durch Anwendung der technischen Fortschritte auf die Hausgeräte,
3. die Mitarbeit der Wirtschaftler und Soziologen beim Studium der Frage, wie die Hauswirtschaft in die allgemeine Wirtschaft einbezogen werden kann und wie zwischen der Produktion der wirtschaftlichen Güter und ihrem Verbrauch vernünftige Beziehungen gesichert werden können.

IV. In allen Ländern muß die Entlohnung des Familienvaters der Familie, wie groß die Anzahl der sie bildenden Personen auch sei, in entsprechender Weise erlauben, würdig und ehrenhaft zu leben, ohne daß die Mutter aus Armut gezwungen wird, einen Beruf außerhalb des Hauses auszuüben.

V. Angesichts der durch den Krieg hervorgerufenen Zerstörungen, der Schwierigkeiten der Bau- und Möbelindustrie und der unheilvollen Folgen des Wohnungsmangels für die Gründung eines Hausstandes und für das Familienleben beschließt der Kongreß, daß alle Mitglieder sich mit allen ihren Kräften für die Aufstellung und Durchführung eines Wiederaufbau- und Neubauprogramms einsetzen wollen.

VI. Wegen der unersetzlichen Erfahrung der Mütter und andererseits der Notwendigkeit, daß jeder Bürger das seinige zum gemeinsamen Werke beitrage, verlangt der Kongreß, daß in den amtlichen und halböffentlichen Körperschaften ein weiterer Raum für die Mütter geschaffen werde.

VII. Die in der Vollversammlung vereinigten nationalen Delegationen gründen am heutigen Tage die „Weltbewegung der Mütter“, um die Ziele des Kongresses zu erreichen und besonders um der Mutter die physischen, geistigen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen und moralischen Lebensbedingungen zu verschaffen, die für ihre Arbeit am menschlichen Fortschritt unerlässlich sind.

Moderne Landwirtschaft und menschliche Arbeit

Im September hat die französische „Bewegung der ländlichen Familie“ vier regionale Studientagungen in Toulouse, Lyon, Rennes und Paris abgehalten. Diese sozialen Tagungen hatten zum Ziel:

1. eine möglichst exakte Informierung und Dokumentation zu bringen, die von der Wirksamkeit der großen Strömungen ausgehen soll, die die Entwicklung der bäuerlichen Welt beeinflussen oder beeinflussen werden.
2. Die Aktivität und die Ziele der an ihnen Teilnehmenden mit der Lehre der Kirche zu vergleichen.
3. Praktische Lösungen zu suchen, die diese Prinzipien respektieren.

Das eigentliche Thema der Tagungen hieß: „Moderne Landwirtschaft und menschliche Arbeit“.

Die Landwirtschaft in Frankreich entwickelt sich. Man spricht nur noch von Zusammenschluß, Rationalisierung, Modernisierung. Doch gleichzeitig verschwindet der Landarbeiter mehr und mehr; zahlreiche junge Paare gehen in die Städte, weil sie kein Land und kein Kapital finden; Landarbeiter und bäuerliche Mütter werden von der harten Arbeit aufgerieben, die ihnen keine Zeit und keinen Raum mehr zu einem menschlichen Leben läßt. Dieser Zustand ist sonderbar genug und verdient eine aufmerksame Untersuchung. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Rolle der menschlichen Bemühung, die Bedürfnisse des Erzeugers und seiner Familie wieder anerkannt werden.

Der erste Kurs stellte das landwirtschaftliche Problem als Ganzes: Abnahme der ländlichen Erzeuger, beunruhigende Lage der Landarbeiter, die auf dem Lande verbleiben.

Der zweite Kurs zeigte, in welcher Richtung die bäuerliche Welt sich entwickeln könnte: entweder zu einer mechanisierten und materialisierten Welt unter dem einzigen Gesetz der Technik oder zu einer Welt, in der man noch die Ansprüche des Menschen und der Familie anerkennt.

Der dritte Kurs befaßte sich mit der Frage, wie man den Bauern und seine Familie in der Scholle verwurzeln könnte, wobei vor allem das sehr schwierige Problem der Erbfolge behandelt wurde.

Der vierte Kurs stellte fest, welche Bedürfnisse der Bauer und die ländlichen Tagelöhner im Hinblick auf die Sicherheit hätten und wie man diese in einer auf Gegenseitigkeit gegründeten Organisation befriedigen könnte.

Der fünfte Kurs befaßte sich mit den Problemen der jungen Familie, der man eine gewisse Vorzugsstellung beim Problem der Unterbringung und Einrichtung zu-billigen müsse.

Im sechsten Kurs wurden die Probleme des ländlichen Lohnarbeiters behandelt, der aus seinem gegenwärtigen proletarischen Zustand befreit werden müsse, indem man ihn mehr und mehr in den ländlichen Betrieb und das Dorfleben einordnete.

Der siebende Kurs behandelte das besonders ernste Problem des Lebens der Frau auf dem Lande, das einer schleunigen Hilfe dringend bedarf.

Der achte Kurs endlich zeigte in einem großen Überblick die Probleme des sozialen Lebens auf dem Dorfe und die Gefahren einer fortschreitenden Entvölkerung des flachen Landes, das jedes soziale Leben unmöglich machen würde.

Ehrlichkeit und Nächstenliebe im Wirtschaftsleben

Der Bischof von Straßburg, Msgr. Weber, hat am 5. Oktober von allen Kanzeln seines Bistums einen Hirtenbrief über das Thema „Ehrlichkeit und Nächstenliebe im Wirtschaftsleben“ verlesen lassen, in dem er vor allem die Landbevölkerung auf ihre ernststen Verpflichtungen für die Versorgung des Volkes hinweist und betont, daß unser ganzes Christentum „nur Lug und Trug sei“, wenn wir den Verpflichtungen der Ehrlichkeit und Nächstenliebe im Wirtschaftsleben nicht nachkämen. Das Verhalten der Bauern, die ihre Produkte im Schleichhandel zu ungeheuerlich übersetzten Preisen ver-

kaufen, nennt er „einen Wucher, einen Diebstahl, eine Sünde vor Gott“. Er fordert alle Ortsgeistlichen seines Bistums auf, diese Gedanken in ihren Sonntagspredigten unaufhörlich zu wiederholen.

Dieser Aufruf ist nicht ohne Wirkung geblieben. In der größten Zeitung des Oberelsaß finden wir einen Aufsatz eines elsässischen Landwirtes, der aus der Erkenntnis, „daß ein Katholik nicht zusehen kann, wie Gewissenlosigkeit und Selbstsucht der einen die Not der anderen zum Unerträglichen steigert“, einen Appell an das Gewissen seiner Berufsgenossen richtet:

„Was würden unsere Väter sagen“, so heißt es darin, „wenn wir bei ihren Gräbern des Abends ihrer Stimme lauschen könnten? Glaubt ihr nicht, daß sie einen Teil ihrer Kinder, die das Feld bebauen und die damit die edelste Aufgabe erfüllen, wie Christus die Völker zu ernähren, anklagen würden, ihre Pflicht verraten zu haben, ein Vermögen zu erraffen mit dem Brot und eine untilgbare Schmach auf den heiligsten aller Berufe zu laden?“

Er berichtet dann in dem Aufsatz weiter, wie er selber von Dorf zu Dorf geeilt ist, um Männer zu suchen „die nicht erröten ihre Pflicht zu erfüllen und die, wenn sie auch ihre Taten nicht von den Dächern verkünden, doch bei ihren Freunden und Bekannten durch ihr Beispiel die heilige Flamme des Ideals neu entfachen“, und wie es ihm in der Tat gelungen sei, in vielen Orten solche Männer zu finden, die um ihrer Berufsehre und ihres christlichen Gewissens willen bereit gewesen seien, noch mehr als ihre Pflicht zu tun.

Staatliche und private Fürsorge

Die Jahrestagung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft am 29.

und 30. September brachte eine interessante Diskussion über das Verhältnis der staatlichen und privaten Fürsorge, in der das Recht und die spezifische Aufgabe der privaten Fürsorge gegenüber den wachsenden Ansprüchen der Staatsgewalt und die Verpflichtungen des Staates gegenüber den privaten Fürsorgeeinrichtungen betont wurde. Die Referenten zu diesem Thema faßten ihre Ausführungen in den folgenden Thesen zusammen:

Otto Binder, Zentralsekretär der Schweizerischen Stiftung Pro Juventute:

1. Die menschlichen Lebensverhältnisse verändern sich unausgesetzt, weshalb auch die private Fürsorge genötigt ist, sich ständig neuen Situationen anzupassen.
2. Aus zeitbedingten Umständen verschiedener Art erfordert die Durchführung von Sammelaktionen heute bedeutend mehr Aufwand und Kosten als früher. Die entsprechenden Zusammenhänge sollten sowohl in den Fürsorgewerken selbst, als auch bei den Behörden und im Publikum noch besser erkannt und berücksichtigt werden.
3. Auch in der Nachkriegszeit entfällt ungefähr die Hälfte der Einnahmen aus schweizerischen Mittelbeschaffungsaktionen auf die Auslandshilfe, was sich angesichts der großen Not jenseits der Landesgrenzen durchaus rechtfertigt.
4. Zahlenmäßig sind die Erträge auch zugunsten der Inland-Fürsorge heute bedeutend größer als früher. In Anbetracht der höheren Kosten und im Interesse der Lösung der vielen neuen Fürsorgeaufgaben sollte jedoch an eine weitere Mittelvermehrung gedacht werden.

5. Um mit der Zeit Schritt halten zu können, muß die private Fürsorge in doppelter Hinsicht Vorkehrungen treffen:

- a) Die privaten Fürsorge-Institutionen sollten miteinander vermehrt Fühlung nehmen und sich gegenseitig in freier, vertrauensvoller Weise beistehen.
- b) Die staatliche und die private Fürsorge sollten sich noch besser über eine zweckmäßige Arbeitsteilung verständigen, wobei vom Staate erwartet wird, daß er die privaten Fürsorge-Institutionen so fördert, daß sie ihre Kräfte zugunsten der Volkswohlfahrt überall in vollem Maße einzusetzen in der Lage sind.

Dr. A. Teobaldi, Leiter der Caritaszentrale.

1. Staat und Gemeinden haben das Lebensrecht und die Lebensmöglichkeit der freien Wohlfahrtspflege nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch anzuerkennen. Dazu gehört die Beobachtung einer wirklichen, d. h. positiven Neutralität, ebenso auch die Festsetzung der Kostgelder an private Heime auf Grund der entsprechenden Aufwendungen für eigene Anstalten.

2. Für Staat und Gemeinden gilt auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege der Grundsatz der Subsidiarität, nach welchem sie nur insoweit fürsorgerische Maßnahmen zu ergreifen und Heime und Anstalten zu errichten haben, als dies von privater Seite (allenfalls mit Hilfe von Subventionen) nicht ebenso gut geschehen kann. In bezug auf Sammlungen für gemeinnützige oder kulturelle Zwecke hat der Staat nur eng begrenzte polizeiliche Befugnisse.

3. Neben den großen Fachverbänden haben auch Organisationen regionalen und weltanschaulichen Charakters ihre volle Existenzberechtigung, die durch jene nicht geschmälert werden darf. Wir lehnen sowohl eine übertriebene Verfachlichung als eine zu weitgehende Zentralisierung auf dem Gebiete der freien Wohlfahrtspflege ab.

Pir. W. Bernoulli, Präsident des Schweiz. Verbandes für innere Mission und evangelische Liebestätigkeit, Greifensee.

1. Den gemeinnützigen Anstalten und Liebeswerken soll das Recht auf Kostgelder zugebilligt werden, die zum mindesten die Selbstkosten decken.
2. Besondere Leistungen, die bisher freiwillig dem Staate abgenommen wurden, sind von diesem in angemessener Weise zu vergüten.
3. Der Staat soll auf dem Gebiet der Fürsorge auf jedes Monopol verzichten und durch größere Sparsamkeit in seiner Verwaltung den freiwillige Liebestätigkeit erschwerenden Steuerdruck verringern.
4. Die Pflicht des Staates zur Kontrolle der freien Liebestätigkeit darf nicht dazu führen, daß deren Selbständigkeit und besonderer Auftrag angetastet werden.

Oberrichter F. Baumann, Präsident des Arbeitsausschusses des Schweizerischen Roten Kreuzes, Kinderhilfe, Aarau.

1. Die Bedeutung der privaten Fürsorge liegt a) in ihrer Initiativkraft, b) in ihrer Mobilisierung uneigennütziger Hilfskräfte.
 2. Notstände im gesellschaftlichen Leben entwickeln sich teils nur nach und nach, teils werden sie nur nach und nach als solche erkannt.
- Die Einsicht einzelner eilt der Einsicht der Volksmehrheit voraus, und ihr soziales Verantwortungsgefühl ver-

anlaßt sie zum praktischen Einsatz gegen die Notstände, ohne die Hilfe des Gemeinwesens abzuwarten.

Darum war die private Initiative auf dem Gebiet der Fürsorge immer fruchtbar und soll es weiter bleiben.

3. Die private Fürsorge arbeitet zum Teil dauernd, fast immer aber in den Anfängen ihrer Entwicklung mit freiwilligen Helfern. Das wirkt sich nicht nur finanziell günstig aus, sondern sichert häufig besser als in der amtsmäßigen Fürsorge die grundlegend wichtige menschliche Anteilnahme und Wärme.

4. Der Übergang zur öffentlichen Fürsorge drängt sich aber auf,

a) wenn das Ausmaß der notwendigen Fürsorge personell und materiell die privaten Kräfte übersteigt und
b) wenn allgemeines Fürsorgebedürfnis vorhanden, die bestehende private Fürsorge aber einseitig weltanschaulich orientiert ist.

5. Aus sachlichen Erwägungen — wegen Schwierigkeiten, die erfahrungsgemäß im öffentlichen Apparat liegen — und aus politischen Gründen — wegen des Widerstandes gegen die Ausweitung des öffentlichen Apparates — drängen sich Zwischenlösungen, d. h. die Verbindung privater und öffentlicher Fürsorge auf. Die private Fürsorge bedient sich öffentlicher Mittel und legt hierüber Rechenschaft ab, und andererseits verschließt sich die öffentliche Fürsorge den Erfahrungen und dem Helferwillen Privater nicht.

6. Die Arbeitsteilung zwischen privater und öffentlicher Fürsorge und den mannigfaltigen Zwischenlösungen kann nicht generell vorgenommen werden, sondern die zweckmäßige Teilung ist von Fall zu Fall zu versuchen nach Maßgabe folgender Richtlinien:

a) Private Fürsorge verdient den Vorzug, wo es gilt, Pionierarbeit zu leisten und überall da, wo der menschliche Anteil der Fürsorge die materielle Seite überwiegt.
b) Öffentliche Fürsorge verdient den Vorzug, wo zur Verwirklichung des Fürsorgezweckes Amtsgewalt erforderlich ist und wo das Schwergewicht der Fürsorge auf der materiellen Seite liegt.

c) Durch Subventionierung privater Fürsorge aus öffentlichen Mitteln, wie durch Verbindung öffentlicher Fürsorge mit privater Hilfstätigkeit (zusätzliche Mittelbeschaffung, freiwillige Hilfskräfte für öffentliche Fürsorgearbeit) ist entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten der Ausgleich zwischen den extremen Lösungen — wie bis anhin — zu versuchen.

7. Je besser die private Fürsorge es versteht, ihrer Arbeit den Almosencharakter zu nehmen und sie als brüderliche, solidarische Hilfe erscheinen zu lassen, um so breiter wird ihr Wirkungsfeld sein und die Unterstützung aller Volkskreise genießen und daher auch die finanzielle Hilfe der Gemeinwesen finden, wo sie erforderlich ist.

Die Katholiken im Leben der Niederlande

Ein Korrespondent des Osservatore Romano, der Holland mit den Augen des Gastes sieht und darum seine

Eigenart besser wahrzunehmen vermag, als es ein Holländer vielleicht vermöchte, berichtet in einem kleinen Artikel, was ihm in den katholischen Gegenden der Niederlande besonders aufgefallen ist. Das ist an erster Stelle das liturgische Leben. „Die liturgische Feier“, schreibt er, „findet in ihrer strengen Makellosigkeit ein zahlreiches, aufmerksames Publikum, das in seiner

Sprache mit ihren gutturalen und palatalen Lauten die sanfte Harmonie des frommen Gesanges des sorgfältig eingeübten Choralis ausführt, wie er für alle nordischen Völker charakteristisch ist“.

Dann berichtet er über die Katholische Aktion in Holland, die in zwei Organisationen zusammengefaßt ist, im Haag und in Utrecht; mit diesen nimmt „das katholische Volk in Holland einen Raum ein, der auf sozialem und nationalem Gebiet immer spürbarer wird. Zahlreich sind die Intellektuellen und die führenden Leute im öffentlichen Leben, in der Politik und Wirtschaft, so daß die Zahl, die die Statistiken liefern und die die Katholiken als 37 % der Bevölkerung angibt, in der Praxis oft einen viel stärkeren Ausdruck findet, besonders in den südlichen Provinzen jenseits der großen Kanäle, im Gebiet von Südrabant und Limburg, wo die katholische Bevölkerung in der absoluten Mehrheit ist. Auch die demographische Zunahme wirkt sich zugunsten der Katholiken aus, da sie allein die Verteidigung der Familie übernommen haben, die sonst durch die herrschende Immoralität und die Plage der Ehescheidungen bedroht ist. Daher steigt der Prozentsatz der Katholiken bei den Kindern und in der studentischen Jugend bisweilen auf 43 bis 45 %. Auf diese Zahlen gründen sich vor allem die Zukunftshoffnungen der Kirche in Holland, da die Wirkung der Propaganda und der Konversion infolge einer Summe von Vorurteilen und der weitverbreiteten Gleichgültigkeit sehr viel schwieriger und langsamer ist als anderswo...“.

„Ein anderer Aspekt des Lebens der Katholiken in den Niederlanden“, so fährt der Berichterstatter fort, „besteht in dem Ernst und dem Zusammenhalt, den sie in ihrem Kollektivleben zeigen. Die verbreitete und sorgsame gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter und der anderen Sektionen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, die starke Verbreitung der Presse und die intensive Tätigkeit des katholischen Rundfunks von Hilversum schließen die Glieder der Kirche zu einer eng verbundenen und an eigenen Werken fruchtbaren Gemeinschaft zusammen“. „Mittelpunkt der Bewegung ist die große Stadt Utrecht, wo auch das Zentrum der Actio Catholica in St. Martinus an der Oude Gracht seinen Sitz hat. Dort befindet sich auch die Residenz S. Em. Kardinal de Jongs, des verehrten Oberhirten, den der Hl. Vater mit dem Purpur geschmückt hat in Anerkennung seines persönlichen Wertes und seines apostolischen Eifers wie auch, um dadurch in väterlicher Zuneigung die treuen Gläubigen der Niederlande zu ehren“.

Hirtenbrief Bischof Fliebers gegen die Schleichhändler

Der Bischof von Linz, Dr. Fließer, wendet sich in einem Hirtenbrief an seine Diözesanen, in dem er warnende

Worte an jene richtet, die meinen, die Zeit für ihren Nutzen sei gekommen. In dem Hirtenbrief heißt es u. a.: „Jedem Menschen und jeder Familie muß das zum Leben und zur sittlichen Lebensführung Notwendige an Lebensmitteln, Kleidern und Unterkunft erreichbar sein. Der Austausch der Produkte — mit oder ohne Zuhilfenahme des Geldes — muß so gestaltet werden, daß die wirtschaftliche Existenz der Einzelperson, der Familien und des Staates nicht untergraben wird, daß das private und öffentliche Leben nicht in Verwirrung gebracht und die Berufe und Stände nicht gegeneinander gehetzt werden.“

Die erste sittliche Forderung, daß Jedem das Lebensnotwendige erreichbar sein müsse, wird durch böswillige Verweigerung des vorgeschriebenen Lieferungskontingentes in Zeiten wirtschaftlicher Not schwer verletzt. Die Erfüllung der gesetzlichen Lieferungsspflicht ist in dieser Notzeit zu einer religiösen Gewissenssache geworden!"

Bischof Dr. Fließner erklärt, daß er in dieser Auffassung nicht allein stehe, hätten doch in verschiedenen Ländern die Bischöfe ihren Klerus angewiesen, solchen Egoisten und Großschleichhändlern die Lossprechung in der Beichte und den Empfang der Heiligen Kommunion zu verweigern, bis sie ihre Pflicht gegen die Hungernden erfüllt haben. Im weiteren wendet sich der Bischof auch gegen diejenigen, die durch ungerechtfertigte Preissteigerung, wilden Tauschverkehr und durch Schädigung der Valuta die Familienwirtschaft und die Staatswirtschaft in Unordnung und Gefahr bringen.

Das Problem der Salzburger Hochschulwochen

Die Salzburger Hochschulwochen, die in vier einwöchigen Kursen im August stattfanden, boten Anlaß zu verschiedenen kritischen Erwägungen, sowohl über den Verlauf der Tagung, als auch zur Frage, ob die traditionelle Gestaltung und damit auch die ideelle Repräsentation der Hochschulwochen heute noch lebendige Wirklichkeit sei. Es ist nicht allein die Tatsache, daß die Salzburger Hochschulwochen zwischen den beiden Weltkriegen vom katholischen Akademikerverband getragen wurden und hinter sich das große Reservoir des deutschsprachigen Katholizismus in Mitteleuropa wußten. Ursprünglich waren die Hochschulwochen als eine Keimform für eine kommende katholische Universität in Salzburg gedacht. Die Verwirklichung dieses Projektes ist zunächst in weite Fernen gerückt, obwohl sich kaum jemand der Bedeutung der Errichtung einer solchen Universität in Mitteleuropa, vor allem in diesem Zeitpunkt, verschließen dürfte. Allein die materiellen Möglichkeiten Salzburgs sind gering, der Kreis der Professoren und Dozenten nicht ausreichend, um in Ermangelung des deutschen Katholizismus eine Art geistiger Autarkie zu betreiben, das Publikum in Österreich, sowohl an sich als auch unter den besonderen wirtschaftlichen Umständen der Gegenwart, sehr begrenzt. Jedoch nicht nur allein via facti, sondern auch der Idee nach zeigen sich heute für Salzburg gewisse Reformen für unumgänglich. (Dasselbe gilt auch, wenn auch auf anderer Ebene, für die Salzburger Festspiele). Zwar hat man in Erkenntnis einer absehbaren Realisierung des Gesamtprojektes zunächst begonnen, durch Errichtung und Angliederung von wissenschaftlichen Instituten an die schon bestehende theologische Fakultät allmählich einer Universität vorzubauen. Doch auch hier hat Salzburg durch den Tod Professor Magers einen erheblichen organisatorischen und motorischen Verlust erlitten. Der erneute Versuch in diesem Jahr, die Salzburger Hochschulwochen in traditioneller Weise durchzuführen, hat beträchtliche organisatorische und — was entscheidender ist — geistige Mängel ergeben. Fast alle ausländischen Referenten, so Maritain, Peterson u. a., kamen nicht, im Gegensatz sogar zu 1946. Unterbringung und Verpflegung litten unter den zeitgemäßen Schwierigkeiten. Die Gleichzeitigkeit der Festspiele erwies sich als eine unerfreuliche Konkurrenz für den Ernst der Tagung. Salzburg

hatte in der ersten Woche etwa 200, in der zweiten Woche 200, in der dritten Woche 700 und in der vierten Woche 200 Hörer. Das auffallende Ansteigen der Hörerschaft in der dritten Woche scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß Professor Friedrich Schneider, der Leiter des Pädagogischen Instituts in Salzburg, von der Lehrerschaft Oberösterreichs zu einer Tagung aufgefordert worden war, er jedoch infolge seiner Verpflichtungen in Salzburg die Petenten darauf verweisen mußte, zur pädagogischen Woche nach Salzburg zu kommen. Das führt zu einer weiteren gewichtigen Frage. Das Publikum der Hochschulwochen ist — auch österreichisch gesehen — nicht jenes Publikum, an das sich — wollen die Salzburger Hochschulwochen ihre geistige Notwendigkeit beweisen — die Veranstaltung zu richten hätte. Neben dem Klerus stellen den Rest Zuhörer aus den „gesicherten“ Kreisen der Bildungswerke. Sowohl sein Standort, wie auch die allgemeine Situation des Katholizismus, würden Salzburg zu einer ungleich offensiveren Auswirkung verpflichten. Darüber hinaus müßte alles Menschenmögliche getan werden, um durch die Auswahl und tatsächliche Beteiligung der führenden katholischen Gelehrten Europas, die abendländische Mission des Katholizismus zu dokumentieren. Dieselben Erwägungen gelten auch für die Themengestaltung, die an sich begrüßenswert, jedoch in den Subreferaten und Arbeitskreisen viel zu wenig auf die Fragen unserer menschlichen Gegenwart abgestellt war. Es ist zu hoffen, daß Salzburg, dessen Grundideen heute, statt überholt zu sein, noch an Aktualität für den gesamteuropäischen Katholizismus gewonnen haben, nunmehr die notwendigen Reformen ins Auge faßt. Das gilt sowohl für die organisatorische wie für die geistige Leistung. Vielleicht würde es sich empfehlen, sich zunächst auf eine Art repräsentativer Akademie des katholischen Europa zu beschränken, die, statt wie bisher in vier Wochen, in 14 Tagen von führenden Vertretern ihres Faches die großen Probleme des Jahres aufgreift und ihre kühn katholische, vom Heute aus gesehen wahrhaft fortschrittliche Lösung anbietet. Auch die Hörerschaft müßte einer strengen Auslese unterzogen werden und sollte außer den eigentlichen Akademikern nur die letzten Semester der Universitäten einbeziehen. Ansonsten droht den Salzburger Hochschulwochen das Schicksal eines geistigen Leerlaufes, nachdem schon die politische Entwicklung es des ganzen katholischen „Hinterlandes“ Deutschlands beraubt hat. Man muß hoffen, daß sich für diese wahrhaft katholische und abendländische Aufgabe die notwendige Initiative Bahn bricht.

Dr. Joseph Eberle gestorben

Am 12. September 1947 starb im Alter von 63 Jahren in Salzburg Dr. Joseph Eberle, in den letzten Jahrzehnten einer der führenden katholischen Publizisten des deutschsprachigen Raumes. Von Geburt Reichsdeutscher (2. 8. 1884 in Eilingen/Bodensee geboren) oblag er an den Universitäten Freiburg, Tübingen, Straßburg und Berlin philosophischen und theologischen Studien, die er durch Arbeiten aus Kunstgeschichte, Geschichte und Soziologie ergänzte. Nach Erwerbung des Doktorates zwang ihn ein Kehlkopfleiden zu zweijähriger Zurückgezogenheit in Dalmatien. Er nützte die Zeit zu systematischem literarischem Studium. 1913 trat er in die Redaktion der Wiener Reichspost ein und erwarb sich bald in diesem führenden Organ der

Christlich-Sozialen Partei Österreichs durch seine Leitartikel einen bekannten Namen. In späteren Jahren erschienen diese Artikel in Buchform und erwiesen erneut seine gegenwartskritische Begabung. Rasch akklimatisierte sich Dr. Eberle in Wien, trat der Gemeinde des Gralbundes, dessen Mittelpunkt Richard von Kralik bildete, bei und fühlte sich vollends nach Eheschließung mit einer Wienerin als Bürger dieser Stadt und Österreicher. Nach dem Weltkrieg wurde er mit der Leitung der Wochenschrift „Das neue Reich“ betraut, der 1925 die bekannte Wochenschrift „Schönere Zukunft“ folgte. Es war sein Lebenswerk, das seinen Namen weit über das deutschsprachige katholische Mitteleuropa hinaus bekannt machte, ein Dokument eines aktivistischen Kultur-Katholizismus. Dr. Eberle versammelte um sich einen glänzenden Mitarbeiterstab, dem u. a. auch Eugen Kogon, der heutige Herausgeber der „Frankfurter Hefte“ angehörte. Die Machtergreifung des Nationalsozialismus machte die Situation der Zeitschrift schwierig, und als vollends 1938 der „Anschluß“ erfolgte, war die weitere Existenz der „Schönen Zukunft“ nur noch eine Zeitfrage. Bis 1940 war die Zeitschrift ein letztes Refugium katholischer Stellungnahme. 1940 versiegelte die Gestapo die Redaktionsräume in der Döblinger Nußwaldgasse. Dr. Eberle wurde in Untersuchungshaft gesetzt, die acht Monate dauerte, und seine Gesundheit erlitt in dieser Zeit jene schweren Schädigungen, denen er später erliegen sollte. Später zog er sich auf einen Besitz am Ossiacher See (Kärnten) zurück. 1944 übersiedelte er nach Betsau im Bregenzer Wald, wo er sich der Niederschrift eines Werkes über die Bibel, „von einem Laien gesehen“ widmete. Auch seine Lebenserinnerungen gedachte er zu schreiben. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus hoffte Dr. Eberle erneut wieder seine Zeitschrift herausgeben zu können. Mitten in diesen Vorbereitungen traf ihn der Tod.

Aus Ost- und Südosteuropa

Katholische Geistliche in Moskau Die einzige katholische Kirche in Moskau, die Kirche St.-Louis des Français hat in der Person des Assumptionisten-Paters Jean de Matha-Thomas einen neuen Pfarrer erhalten. Der bisherige Pfarrer der Moskauer Kirche, der Assumptionisten-Pater Laberge, über dessen Tätigkeit wir verschiedene Male berichteten (vgl. Herder-Korrespondenz Heft 10, S. 448), wird als Geistlicher der amerikanischen Moskauer Kolonie in Moskau bleiben, so daß also seit langer Zeit zum ersten Male wieder zwei katholische Geistliche in der russischen Hauptstadt wirken.

Die ungarischen Bischöfe zu den Wahlen Die ungarischen Bischöfe haben zu den Wahlen am 31. August einen Aufruf an die Wähler gerichtet, ihr Wahlrecht unter voller Berücksichtigung ihrer Gewissenspflichten auszuüben und sich ein sorgfältiges Urteil darüber zu bilden, ob die Kandidaten eine ausreichende Garantie dafür bieten, daß sie ihr Mandat nach Treu und Glauben, frei von allen Einflüssen und unabhängig von allen Einzelinteressen ausüben. Nach der Sitzung, in der dieser Aufruf beschlossen wurde, gaben die Bischöfe dem Budapester Korrespondenten des N.C.W.C. Nachrichten-

dienstes zur Weiterleitung an die übrigen Journalisten folgende Erklärung ab:

„Nachdem die ungarischen Bischöfe in Hinsicht auf die kommenden Wahlen die gegenwärtige politische Situation und die Möglichkeiten einer Kundgebung sorgfältig geprüft haben, sehen sie sich gezwungen, von einer ausdrücklichen Unterstützung irgend einer politischen Partei abzusehen. Sie ermahnen jedoch die Gläubigen, ihr Wahlrecht, sofern die Abänderung des Wahlgesetzes sie nicht ihrer Stimmberechtigung beraubt hat, unter voller Berücksichtigung ihrer Gewissenspflichten auszuüben. Sie sollen sorgfältig prüfen, wie diejenigen, die sie zu wählen wünschen, sich in der Vergangenheit betragen haben und wie sie sich augenblicklich betragen. Sie sollen die Kandidaten danach beurteilen, ob sie eine ausreichende Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Mandat nach Treu und Glauben, frei von allen Einflüssen und unabhängig von allen Einzelinteressen ausüben. Sie sollen prüfen, ob ihre Haltung zur Verfassung von den elementarsten aller menschlichen Pflichten geprägt ist, denen gegenüber Gott, Kirche, Vaterland, Glauben, den Rechten der menschlichen Freiheit. Die ungarischen Bischöfe bitten Gott, dem ungarischen Volk seine erleuchtende und wohlthätige Hilfe in dieser kritischen Zeit des Vaterlandes und der Nation zu gewähren.“

Protest der ungarischen Bischöfe gegen Ausweisung der Deutschen

Die ungarischen Bischöfe protestieren in einem im August an den ungarischen Premierminister gerichteten

Brief gegen die erneute Ausweisung

von Deutschen aus Ungarn. Die betreffenden Stellen dieses Briefes lauten:

„Die ungarischen Bischöfe haben mit tiefem Bedauern erfahren, daß die Ausweisung der in Ungarn wohnenden Deutschen weitergeht. Wir, die wir im Jahre 1944 alles, was in unserer Macht lag, taten, um bei der damaligen Regierung im Bewußtsein des Auftrages, den wir von Gott empfangen haben, gegen die unmenschliche Ausweisung der Juden zu protestieren, halten es für notwendig, auch gegen die Ausweisung der Deutschen zu protestieren, besonders da es sich um Katholiken handelt. Wir haben durch den Kardinal-Fürstprimas und später in einem gemeinsamen Hirtenbrief, der an die Gläubigen gerichtet ist, schon einmal dagegen protestiert. Wir haben dabei betont, daß es schwierig ist, irgendetwas gegen die unmenschliche Ausweisung unserer ungarischen Brüder aus der Tschechoslowakei zu tun, wenn wir unsere deutschen Untertanen in derselben Weise vertreiben. Wir vertreiben sie von dem Boden, auf dem sie, wenn auch nicht tausend, so doch wenigstens zweihundert Jahre gelebt haben. Wir haben immer gegen die Bestrafung von Unschuldigen nach dem Grundsatz der Kollektivverantwortung für die Verbrechen bestimmter Gruppen wie des Volksbundes oder der SS protestiert, eine Bestrafung, die auch Menschen trifft, die sich zur ungarischen Nationalität bekannt und ihre Treue gegen Ungarn erwiesen haben.

Der ungarische Staat sucht die Juden für die Ungerechtigkeiten und Leiden der Vergangenheit zu entschädigen und setzt sie vollständig in ihre Rechte und ihr Eigentum wieder ein. Wir können das nur wärmstens billigen. Aber warum müssen die christlichen Deutschen, die Unschuldigen, die kein Verbrechen begangen haben, bestraft, ihres Vermögens beraubt und an Leib und Seele

ruiniert werden? Warum ist es notwendig, daß wir vor der Geschichte diese Verantwortung auf uns nehmen?"

Die Fürsorge der Kirche in Ungarn für die Kriegsgefangenen

Eine ziemlich große Anzahl *ungarischer Kriegsgefangener*, deren genaue Zahl man nicht weiß, die man aber auf mehr als 200 000 schätzt, befindet

sich noch in Rußland. Sie sollen in absehbarer Zeit nach Hause zurückkehren dürfen, doch ist kein fester Zeitpunkt angegeben worden. Der Bischof von Csanád, Msgr. Andreas Hamvas, hat nun der katholischen Presse in Ungarn folgenden Aufruf übergeben:

„Im Sommer 1945 sind Scharen unserer Gefangenen, hauptsächlich aus Focsani, über die Stadt Szeged in die Heimat zurückgekehrt. Als die Nachricht von ihrer Ankunft sich verbreitete, haben die katholischen Frauenorganisationen (KALASZ) ein Hilfswerk sozusagen aus dem Boden gestampft. Sie haben Körbe von Lebensmitteln gesammelt und sie unter der Leitung einer Mutter Äbtissin unter die geschwächten Gefangenen verteilt. Diese Initiative, die auch von der Regierung wohlwollend aufgenommen worden ist, hat zu dem Plan geführt, eine nationale Bewegung ins Leben zu rufen für den Fall, daß neue Gefangenentransporte über Szeged einträfen. Aber die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen blieb, obwohl wiederholt erwartet und versprochen, immer eine leere Versprechung. Daher werden wir nun, sobald die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen wirklich einsetzt, den Beginn unserer Hilfstätigkeit öffentlich durch den Rundfunk bekannt geben. Es ist sehr wichtig, die seelischen Kräfte der Gefangenen zu stärken, da sie leider wahrscheinlich vielen schweren Enttäuschungen entgegengehen. Wir wollen uns daran erinnern, daß ihr erster Weg die Gefangenen hier in Szeged in die Kirche führte.“ Der ungarische Episkopat hat angeordnet, daß am Schluß der sonntäglichen Pfarrmesse jedesmal ein Vaterunser, Gegrüßet seist Du Maria und ein Ehre sei dem Vater für die Kriegsgefangenen gebetet und daß jeden Samstag nach dem Angelus alle Glocken für sie geläutet werden sollten.

Ungarischer Dank für die Hilfe des Auslandes

Die *katholische Jugend Ungarns* hat unter Leitung der ungarischen Katholischen Aktion im größten Theater

Budapests ein *Dankestest* zu Ehren der ausländischen Hilfsorganisationen für die ungarischen Notleidenden gehalten. Die diplomatischen Vertreter der hilfreichen Länder, Englands, der Vereinigten Staaten, Dänemarks, Belgiens, Norwegens, Schwedens und der Schweiz, und die Leiter der verschiedenen Hilfsorganisationen waren die Ehrengäste. Den Vorsitz führte der Fürstprimas von Ungarn, Kardinal Mindzenty. Der Generaldirektor der ungarischen Katholischen Aktion, Msgr. Sigismund Mihalovics, hielt den Festvortrag, in dem er sagte, wie nach dem für Ungarn so schrecklichen Ende des Krieges die einzelnen Nationen nach und nach ihnen zu Hilfe gekommen seien. Außer den europäischen Staaten beteiligten sich auch die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada an der Hilfsaktion. „An alledem erkannte die ungarische Jugend, daß es eine Kraft gibt, die nicht nur imstande ist, unermessliche Entfernungen und unendliche Ozeane zu überwinden, sondern auch die Abgründe und Entfernungen, die die Herzen von einander trennen;

diese Kraft ist die christliche Liebe.“ Mit besonderer Dankbarkeit erwähnte Msgr. Mihalovics im Laufe seiner Rede auch das Hilfswerk des Hl. Vaters.

Kardinal Hlond über die Botschaft von La Salette

Der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, erließ zum Abschluß der Tausendjahrfeier der Muttergottes-

erscheinungen in La Salette eine Bekanntmachung, in der er auf die besondere Bedeutung dieser Erscheinungen in unserer Zeit, hinwies. „Die Offenbarung von La Salette ist uns heute viel klarer, als sie es vor hundert Jahren war. Heute verstehen wir die Ermahnungen und Versprechungen Unserer Lieben Frau von La Salette besser. Wir beziehen sie nicht nur auf die Zustände Frankreichs zu jener Zeit, sondern auf die ganze moderne Welt, die in ein hoffnungsloses Chaos zu versinken droht. Gerade im gegenwärtigen Augenblick klingt die Offenbarung von La Salette wie ein Ultimatum, das Gottes Barmherzigkeit uns stellt, klingt sie über den ganzen Erdball wie das Echo der Warnung Christi: „Wenn ihr nicht bereut, so werdet ihr alle zu Grunde gehen“. Die Welt, die in einem sittlichen Chaos versinkt, steht am Rande eines Abgrundes. Der Aufruhr gegen den Schöpfer und sein Gesetz ist bis zum Wahnsinn weitergetrieben. Im Staate und in dem Aufbau der Völker ist kein Raum mehr für Gott. Die heutigen Bauleute der Zukunft sehen im Kampf gegen Gott den Fortschritt und die Vorahnung einer neuen Menschheit. Die anmaßende Gottlosigkeit, die entschlossen ist, die Lenkung der Welt in die Hand Satans zu geben, ist zu einer dämonischen Besessenheit geworden. Vielleicht wird nur noch eine kurze Zeit vergehen, und Gott wird sein Recht beanspruchen. Er wird das Toben der höllischen Kräfte mit einem alles vernichtenden Schlag beantworten. Die verkommene und aufrührerische Welt wird von dem Zorne Gottes getroffen werden. Die Macht des Bösen wird vernichtet zu Boden sinken. Der perverse Kult des Atheismus wird enden. Die Herzen der Völker werden sich liebend und anbetend vor der Majestät Christi verdemütigen. Dann wird der mit Gott versöhnte Mensch wieder den Sinn des Daseins erkennen und die Voraussetzungen für sein Glück und für den Frieden im Reiche Christi doch noch wiederfinden.“

Katholische Kirche in Griechenland

Nach den letzten Statistiken der Kongregation für die orientalische Kirche

besitzt die katholische Kirche in Griechenland im Augenblick nur noch 50 000 Gläubige und ungefähr 100 Priester bei einer griechischen Gesamtbevölkerung von sieben Millionen. Nach einer Reihe von Änderungen, die im Osservatore Romano veröffentlicht waren, hat Griechenland jetzt folgende kirchliche Einteilung:

Die Erzdiözese Athen, die das ganze kontinentale Griechenland mit Ausnahme des Epirus und des apostolischen Vikariates von Saloniki umfaßt und die mit etwa 30 000 Katholiken, aber nur 12 Priestern die größte der griechischen Diözesen ist, die Erzdiözese Korfu mit dem Suffraganbistum von Zante und Cephalonia, die Erzdiözese Naxos, Andros, Tiros und Mykonos mit den Suffraganbistümern Scio, Kreta, Santolin und das apostolische Vikariat Saloniki. Außerdem gibt es noch ein Exarchat für die Katholiken des byzantinischen Ritus und ein Ordi-

ariar für die Katholiken des armenischen Ritus. Einige der griechischen Diözesen haben weniger als 200 Gläubige, und die Diözese Scio hat nur einen einzigen Priester.

Aus Nord- und Südamerika

Die „Trennung von Kirche und Staat“ und der Schulstreit in Amerika

In den Vereinigten Staaten ist seit einiger Zeit eine lebhafte Diskussion über den Sinn der durch die Verfassung festgelegten „Trennung von Kirche und Staat“ im Gange. Sie entstand aus der praktischen Frage, ob gewisse staatliche Unterstützungen für Erziehungsinstitute auch den privaten, das heißt aber in den meisten Fällen konfessionellen Schulen zugute kommen dürften, oder ob sie in jedem Falle auf nichtkonfessionelle, neutrale Schulen beschränkt bleiben müßten. Sie spitzte sich besonders zu in dem Streit um das Recht der Benutzung des vom Staate zur Verfügung gestellten kostenlosen Schulomnibusdienstes des Staates New Jersey durch Schüler von konfessionellen Schulen, der vom Gericht zwar zugunsten der Schüler der Privatschulen entschieden, aber auch weiterhin heftig diskutiert wurde, da beide Parteien mit der Begründung des Urteils nicht ganz zufrieden waren.

Es handelt sich bei diesem Streit um die Auslegung des ersten Zusatzes zur amerikanischen Verfassung, in dem festgelegt wird, daß die Bundesregierung keine Staatskirche einrichten oder überhaupt eine religiöse oder kirchliche Gemeinschaft gegenüber anderen bevorzugen oder benachteiligen dürfe — eine Bestimmung, die später auch auf die Einzelstaaten ausgedehnt wurde. Diese Bestimmung wird von der einen Partei so aufgefaßt, daß die amerikanische Demokratie in einer säkularistischen, nichtreligiösen Auffassung vom menschlichen Leben begründet und also jeder religiösen Erziehung gegenüber gleichgültig oder sogar feindlich sei, während von der Seite der Kirchen, besonders von den Katholiken, nachdrücklich betont wird, daß die Verfassung angesichts der tatsächlichen religiösen Spaltungen zwar darauf verzichtet habe, die nationale Einheit anders als politisch, also in einer religiösen Einheit, zu begründen, daß aber ihre Anschauungen von den Menschenrechten und von dem Zweck der Regierung in religiösen Anschauungen tief verwurzelt seien und daß die amerikanische Demokratie deswegen also der Frage der religiösen Erziehung gegenüber nicht gleichgültig sein könne.

In einem Aufsatz der katholischen Wochenschrift „America“ weist nun Robert C. Hartnett in einer Untersuchung der Ursprünge und Traditionen der amerikanischen Demokratie und der Stellungnahme der amerikanischen Präsidenten von Washington bis Roosevelt die historische Richtigkeit dieser Auffassung noch einmal nach und kommt zu folgenden Ergebnissen:

„1. Die ursprüngliche politische Philosophie der Männer, die die Verfassung schrieben, betrachtete die Religion und die in der Religion begründete Sittlichkeit als wesentlich für eine freie Regierung.

2. Unsere Präsidenten haben als verfassungsmäßig erwählte Repräsentanten unserer nationalen politischen Tradition ohne Ausnahme die religiöse Auffassung von der amerikanischen Demokratie vertreten. Das trifft besonders für die jährlichen „Thanksgiving-Day“-Proklamationen zu.

3. Die säkularistische Auffassung, die die Religion zu einer reinen Privatsache ohne Beziehung auf unser Schicksal als großer Nation machen möchte, ist eine spätere Entstellung. Sie hatte in den frühen Zeiten eine Handvoll Vertreter — Tom Paine, John Taylor, Dr. Benjamin Rush — aber keiner von diesen spielte bei der Bildung der Union eine große Rolle. Jefferson wurde zwar nach seiner Rückkehr aus Frankreich immer mehr säkularistisch, aber niemals vollständig.

4. Diese säkularistische Auffassung erlangte in akademischen Kreisen durch die Schriften von V. L. Parrington, Carl Becker, Charles A. Beard, Edward S. Corwin und praktisch fast allen amerikanischen Gelehrten ein gewisses Monopol. Kein allgemein anerkannter Schriftsteller hat sich bereit gezeigt, die ursprüngliche religiöse Tradition unserer Demokratie anzuerkennen, noch hatte einer von ihnen irgendwelche Qualifikation zu ihrer Würdigung.

5. Das öffentliche Schulsystem hat diese säkularistische Tradition durch seine Unfähigkeit, zu einer Übereinstimmung über Maßnahmen zu kommen, durch die die Religion im Stundenplan erhalten werden könnte, kanonisiert. Aus diesem Vakuum heraus sind viele Erzieher der öffentlichen Schulen zu dem extremen Standpunkt gekommen, daß nur eine rein säkularistische Erziehung echt amerikanisch sei und daß jedes andere System „die nationale Einheit zerreiße“.

Diese weitverbreitete Haltung ist gefährlich undemokratisch. Sie strebt nach einem Erziehungsmonopol des Staates. Sie gleitet, wenn auch nur sehr allmählich, auf die bekannte totalitäre Technik einer politisch „gelenkten Kultur“ zu. Diese Bewegung wird auf die Dauer das Kennzeichen der Demokratie zerstören — kulturelle Vielfalt und kulturelle Freiheit. Wen die Freiheit der Erziehung „beunruhigt“, den beunruhigt die demokratischste Freiheit, die wir besitzen. Es handelt sich hier um eine unheilvolle Unduldsamkeit, umso unheilvoller, als sie scheinbar unschuldige und unauffällige Mittel anwendet, das zu beseitigen, was ihr nicht paßt, indem sie im Namen eines Nationalismus anderen wirtschaftliche Nachteile auferlegt.“

Die amerikanischen Arbeiter und der Weltgewerkschaftsbund

Auf einer Veranstaltung der katholischen Universität von Amerika in Washington, die sich mit den Fragen der Arbeit befaßte, sprach der Schatzmeister der C.J.O., des einen der beiden großen Gewerkschaftsbünde Amerikas, über das Interesse, das der amerikanische Arbeiter heute an der Weltpolitik der Vereinigten Staaten nehmen muß. Sein Selbstbewußtsein verlange, daß er an dem großen Streite zwischen kapitalistischer Reaktion und Totalitarismus kraft der Macht, die er darstelle, entscheidend teilnehme. „Der amerikanische Arbeiter“, so führt er aus, „verlangt eine auswärtige Wirtschaftspolitik, die diejenigen Dinge unterstützt, die er selber als gut für ihn befunden hat. Er will nicht, daß die alten Begrenzungen der Rechte des Menschen verewigt oder daß neue Begrenzungen geschaffen werden. Die amerikanischen Arbeiter glauben, daß die Produktion in vollem Umfange aufrecht erhalten werden muß und nicht nur in einem Umfange, der einem Minimum von Arbeitskräften erlaubt, zu einem gerade ausreichenden Lebensstandard zu gelangen, dabei aber Millionen anderer

Arbeitsloser auf eine Arbeitslosenunterstützung, die weniger als das Existenzminimum beträgt, setzt. Sie glauben, daß wir unseren Horizont erweitern müssen, daß wir die Verteilung unserer Produktion auf die ganze Welt ausdehnen müssen, und unsererseits uns der Dinge bedienen müssen, die die anderen produzieren. Deswegen müssen die amerikanischen Überschüsse durch Vollbeschäftigung immer noch gesteigert werden, und sie müssen so verwendet werden, daß alle Völker der Welt ohne die periodischen Kriege, die durch Hunger und die Verweigerung der Menschenrechte entstehen, zusammen vorwärts marschieren können."

Er faßte seinen Standpunkt dann noch einmal in folgenden Worten zusammen:

„Die amerikanische Arbeiterschaft bezahlt unsere auswärtige Wirtschaftspolitik genau so, wie sie auch die Kriege auskämpft, wenn diese auswärtige Wirtschaftspolitik versagt. Deswegen verlangt die amerikanische Arbeiterschaft eine Stimme bei der Formulierung unserer auswärtigen Wirtschaftspolitik. Wir glauben nicht, daß die Frage dieser Wirtschaftspolitik allein unter dem Gesichtspunkt eines finanziellen Gewinns gelöst werden kann. Wir glauben, daß sie am besten unter dem Gesichtspunkt des menschlichen Nutzens angefaßt werden muß, und wir sind bereit, darauf zu bestehen, daß unser Standpunkt zur Geltung gebracht wird.“

Aus diesem Grunde verteidigte er auch die Teilnahme der C.J.O. an dem Weltgewerkschaftsbund, der, wie er sagte, ein Forum von Leuten aus dem Volke ist, das in seiner Struktur und seiner Verfahrensweise eine Parallele zu den Vereinten Nationen darstellt. Innerhalb dieses Weltgewerkschaftsbundes arbeitet die C.J.O. nicht allein auf eine aktive Opposition gegen die sowjetische Philosophie hin, „denn“, so sagte er, „es steht in dieser Sache mehr auf dem Spiele als die kommunistische Philosophie. Rußland und der Kommunismus sind keine Synonyme, und ganz bestimmt ist das russische Volk nicht gleichbedeutend mit den Kommunisten“. — „Wir spielen“, so fuhr er dann fort, „mit einem hohen Einsatz, und dieser Einsatz sind die Gewerkschaftsverbände Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Italiens, Österreichs, Deutschlands und all der anderen Länder. Wir beabsichtigen, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um die Arbeiter in diesen Bewegungen darin zu unterstützen, daß sie ihre Gewerkschaften als aus Arbeitern gebildete wirtschaftliche Gruppen bewahren können. Um es ganz klar zu machen, will ich sagen, daß wir mit aller Kraft uns der erzwungenen Entwicklung dieser europäischen Gewerkschaften zu politischen Einrichtungen widersetzen werden. Es würde zwar erheblich bequemer für uns sein, wenn wir auf diesen sehr viel Kraft in Anspruch nehmenden Einsatz zeitweilig verzichteten und uns hinter dem Bollwerk der amerikanischen Produktion zur Ruhe begäben. Aber wie lange würde uns dieses Bollwerk gegen Völker beschützen, deren Stärke in der gewaltigen Macht besteht, die Hunger und Verfall hervorbringen! Wir sehen in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit. Wir glauben, daß der Friede für unser Land sowohl wie für die anderen Länder nur auf einem sozialen Programm errichtet werden kann, das die volle Anerkennung der Menschenrechte enthält. Wir beabsichtigen nicht, eine Richtung einzuschlagen, die irgendein Volk, irgendeine Gruppe von Völkern aus dem Weltgewerkschaftsbund vertreibt“.

Katholische soziale Aktion Amerikas für die Gewerkschaftsrechte

Das das Wirken der Gewerkschaften in Amerika so stark einschränkende Taft-Hartley-Gesetz hat vor allen Dingen auch in den Kreisen der katholischen sozialen Aktion in Amerika stärkste Opposition und Kritik gefunden. Diese hat anlässlich der Kundgebungen zum amerikanischen Tage der Arbeit, der regelmäßig am ersten Montag im September stattfindet, wiederum vielfältig Ausdruck gefunden hat. So schrieb der Bischof von Springfield (Ill.), Msgr. James A. Griffin, in seiner Botschaft zum Tage der Arbeit:

„Angesichts der bedrohlichen Folgen des Taft-Hartley-Gesetzes hat der amerikanische Arbeiter der Welt ein Beispiel der Würde und der Verantwortlichkeit gegenüber den entmutigenden Benachteiligungen gegeben. Es ist, wie Plutarch schrieb: „Der wahrhaft edle und entschlossene Geist erhebt sich und wird noch strahlender in Zeiten des Unglücks und des Unheils“. Der Fortschritt der Arbeiterbewegung in diesem Lande darf durch eine unbesonnene Gesetzgebung nicht gehemmt werden. Wo vielleicht eine Kur notwendig gewesen wäre, hat man eine Amputation vorgenommen. Die Arbeiter Amerikas und diejenigen von uns, die um die Anerkennung ihrer Rechte kämpfen, müssen den demokratischen Kampf wieder aufnehmen, um jene grundsätzlichen Rechte wiederzugewinnen, die durch diese Gesetzgebung in ungerechtfertigter Weise beschnitten worden sind. Das amerikanische Publikum und die Reihen der amerikanischen Arbeiterschaft müssen einer intensiven Erziehung über den Adel der Handarbeit, die ein angemessener Ausdruck der Natur des Menschen als eines vernünftigen und freien Wesens ist, unterzogen werden. Solange die Menschen den Handarbeiter als eine minderwertige Schicht ansehen, kann man von ihnen kaum verlangen, daß sie sich um die Rechte des Handarbeiters kümmern. Aber Christus selber war ein Handarbeiter, ein Zimmermann. Diejenigen von uns, die den Faschismus und den Kommunismus verurteilen, weil sie den Geist des freien Menschen versklaven, sollten genau so bereit sein, ein System zu verurteilen, das den Menschen zum Sklaven einer Maschine macht. Die Maschinen sind für den Arbeiter da und nicht der Arbeiter für die Maschine. Je eher das amerikanische Publikum und die Arbeiter selber einsehen, daß der arbeitende Mensch mehr ist als ein Kolben, als ein Schwungrad oder ein lebloses Maschinenglied, umso eher wird die Arbeiterbewegung in Amerika als der größte christliche Sieg unserer Zeit angesehen werden“.

Für die katholische Landbevölkerung in USA

In einer Rundfunkansprache sprach der Direktor der *Catholic Rural Life Conference*, der Erzbischof von St. Louis, über die Gefahr für die Lebenskraft der katholischen Kirche, die darin liegt, daß 80 % der katholischen Bevölkerung Amerikas in den Städten wohnt, sodaß man also sagen könne, daß die Katholische Kirche in Amerika zum größten Teil eine Angelegenheit der städtischen Bevölkerung sei. Dazu sind die 20 % Katholiken, die auf dem Lande leben, über die 3000 Counties Amerikas dünn verstreut. „Die Städte sind die Friedhöfe der menschlichen Rasse“, so sagte der Sprecher, „die ländlichen Bezirke sind die Quelle für den Bevölkerungsnachwuchs. Deshalb ist die katholische Kirche eine im Abstiege begriffene Institution, wenn die gegenwärtige

Lage andauert". Die Catholic Rural Life Conference ist mit dem ausdrücklichen Zweck gegründet worden, das katholische Leben eben jener 20 % auf dem Lande zerstreut lebender Katholiken geistig, sozial und wirtschaftlich zu unterstützen, damit sie ein erfülltes religiöses Leben führen und auch sozial und wirtschaftlich ihrer Aufgabe nachkommen können, die Kraftquelle für das Leben der Vereinigten Staaten zu sein.

Lateinamerika und die Pax Romana

Die Internationale Katholische Studentenvereinigung Pax Romana hat für das Universitätsjahr 1947/48 ein „ibero-amerikanisches Jahr“ angesetzt. Damit übernimmt sie die Tradition der „Interamerikanischen Zusammenkünfte“, die viel zur Verbrüderung der katholischen Jugend der Neuen Welt beigetragen haben, und ordnet sie in die allgemeinere Bewegung der „Pax Romana“ ein.

Die Interamerikanischen Zusammenkünfte der katholischen Universitätsjugend begannen im Jahre 1941 mit dem Studententreffen in Columbien, das zwei große katholische Universitäten in Bogotà und Medellin besitzt. 1943 kamen die Abordnungen der Universitätsverbände Südamerikas in Santiago de Chile zu einer Studienwoche zusammen, in der die aktuellsten Probleme der katholischen Studenten der Gegenwart behandelt wurden: Katholische Aktion, Reform der Universität, internationale Zusammenarbeit. Damals wurde das „Ibero-amerikanische Sekretariat der Pax Romana“ als lebendiger Ausdruck des Interesses der gesamten katholischen Hochschulg Jugend für Lateinamerika gegründet. Sein Ziel war, einerseits zur besseren Organisation der inneren Zusammenarbeit der südamerikanischen katholischen Studenten beizutragen, andererseits die Verbindung zur Weltorganisation herzustellen.

Im März 1946 fand die zweite „Interamerikanische Zusammenkunft“ in Lima statt und setzte die Studien von Santiago de Chile fort. Die Probleme, mit denen sich die Tagung befaßte, waren: „Die Verantwortung der Katholischen Bewegung in Bezug auf die großen Kulturprobleme“, „Die Universität“, „Das nationale Leben“, „Die Zukunft des Christentums in Amerika“, „Die Erneuerung des Christentums“. Der Vorsitzende der internationalen Organisation der Pax Romana nahm an dieser Zusammenkunft teil, zu der er aus Spanien herüberkam, ebenso kam ein Vizepräsident aus Frankreich und ein anderer aus den Vereinigten Staaten zu der Tagung.

Wenige Wochen später kamen die ibero-amerikanischen Abgeordneten nach Europa, um an den ersten Nachkriegstagungen teilzunehmen. 1948 soll dieser Besuch von den europäischen Vertretern erwidert werden. Als Tagungsland für die Dritte Interamerikanische Zusammenkunft hofft man Mexiko zu gewinnen, das eine besondere Stellung in der ibero-amerikanischen katholischen Welt einnimmt. Auf der Tagung in Anzio haben die internationalen Vertreter einstimmig beschlossen, den nächsten interamerikanischen Regionalkongreß und die Tagung der Interföderalzusammenkunft (das ist das oberste Repräsentativorgan der katholischen Studentenschaft) 1948 in Mexiko zu organisieren, und beide Tagungen werden von einem Mexikaner präsiert werden, Don José Gonzàles Torres, in dessen Person zum ersten Mal ein Ibero-Amerikaner den internationalen Vorsitz einer Weltbewegung übernimmt.

Für Pax Romana bedeutet Lateinamerika den Kontinent der organisierten universitären Katholischen Aktion, da alle seine Nationalverbände der Katholischen Aktion im engeren Sinne angehören, in der sie die Sorge um das spezialisierte Apostolat im Universitätsmilieu repräsentieren.

Ökumenische Nachrichten

Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes Der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht das nachfolgende Wort zum politischen Weg unseres Volkes:

„1. Uns ist das Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus gesagt. Dies Wort sollen wir hören, annehmen, tun und ausrichten. Dies Wort wird nicht gehört, nicht angenommen, nicht getan und nicht ausgerichtet, wenn wir uns nicht freisprechen lassen von unserer gesamten Schuld, von der Schuld der Väter wie von unserer eigenen und wenn wir nicht durch Jesus Christus, den guten Hirten, uns heimrufen lassen auch von allen falschen und bösen Wegen, auf welchen wir als Deutsche in unserem politischen Wollen und Handeln in die Irre gegangen sind.

2. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne. Dadurch haben wir dem schrankenlosen Gebrauch der politischen Macht den Weg bereitet und unsere Nation auf den Thron Gottes gesetzt. Es war verhängnisvoll, daß wir begannen, unseren Staat nach innen allein auf eine starke Regierung, nach außen allein auf militärische Machtentfaltung zu begründen. Damit haben wir unsere Berufung verleugnet, mit den uns Deutschen verliehenen Gaben mitzuarbeiten im Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker.

3. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine „christliche Front“ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.

4. Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen.

5. Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.